

- die »Marines« landeten zu seiner Unterstützung in Tsingtao und noch im April 1950, als der Bürgerkrieg bereits auf dem Festland seit einem halben Jahr beendet war, bombardierten Tsiangs amerikanische Flugzeuge die Kraftwerke von Schanghai, um dem Wiedereroberungsanspruch der Kuomintang Gehalt zu verleihe-
 2 Joseph W. Stilwell, Stilwell's Papers, New York 1948, S. 320.
 3 Dept. of State, White Paper on US Relations with China, Washington 1949, S. 565-73.
 4 New York Times vom 23. September 1964.
 5 E. O. Reischauer, Wanted: An Asian Policy, New York 1955, S. 250 ff.
 6 Zitiert in T. Shabad, China's Changing Map, New York 1956, S. 89.
 7 US Congressional Papers, Congressional Hearings on Gen. MacArthur (SS. 1115) Washington 1951, 3, S. 191-3.
 8 Zitiert in New York Herald Tribune vom 23. September 1958.
 9 Zitiert in J. Spanier, The Truman-MacArthur Controversy and the Korean War, Harvard Univ. Press, Cambridge 1959, S. 216.
 10 New York Times vom 16. April 1954.
 11 Electronics, New York, Oktober 1963.
 12 UPI News Bulletin, Washington, vom 5. Mai 1967.
 13 Zitiert in Hsinhua, Peking, vom 22. Oktober 1964.
 14 Rand Corporation, »The Causes of the Korean War«, Sta. Barbara 1960, zitiert in Toronto Globe and Mail vom 22. Februar 1961.
 15 Rand Corporation aaO, siehe Anm. 14.
 16 W. McGeorge Bundy, zitiert in Rand Corporation, aaO, siehe Anm. 14, und Fleming, The Cold War and its Origins, New York 1961, S. 622.

- 17 Fleming aaO, siehe Anm. 16.
 18 L. Orleans, A Note on Tibet's Population, in China Quarterly No. 27, London, Juli 1966.
 19 Seither hat Peking in keiner Stellungnahme, in keinem Dokument derartige Ansprüche angemeldet, sondern sich im Gegenteil immer wieder darüber beklagt, die Sowjets verletzen die chinesische Hoheitszone. Im Herbst 1966 sprach eine apokryphe Bemerkung Außenminister Chen Yi's von »4000 Grenzzwischenfällen«. Was verstehen die Chinesen hierunter? Nach ihrer Definition handelt es sich zum größten Teil um Streitigkeiten, die aus der Tatsache erwachsen, daß Nomaden die Weideplätze wechseln, daß die großen sibirischen Grenzflüsse ständig ihr Flußbett verändern, neue Arme bilden, Inseln entstehen und dies von der Grenzbevölkerung, den Jägern und Fischern ausgenützt wird. Ein detaillierter Grenzvertrag hätte derartige Fragen zu regeln. Dagegen scheint, daß die sowjetische anti-chinesische Agitation sich hier eines Pseudoarguments bedient, von dem sie weiß, daß es im Westen ganz besonders willig aufgenommen wird.
 20 Diese zwangsläufige summarische Darstellung stützt sich u. a. auf die neun Briefe des ZK/KPC an das ZK/KPSU(B) in der Periode vor Chruschtschows Sturz, und Lin Piao, Es lebe der Volkskrieg, Peking 1965.
 21 St. Alsop, Our deterrent against China, Saturday Evening Post vom 28. Oktober 1963.
 22 New York Times vom 30. September und 2. Oktober 1964.

Deutschland und die Vereinten Nationen

Dokumente und Nachrichten

IX. Ordentliche Hauptversammlung der DGVN Frau Annemarie Renger, MdB, 1. Vorsitzende

Die Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen hielt am 23. Juni 1967 in Bad Godesberg ihre IX. Ordentliche Hauptversammlung ab. Sie war unter Berücksichtigung der Umstände gut besucht und wurde unter der Leitung des bisherigen Vorsitzenden, Prof. Dr. Walter Erbe, Tübingen, glatt und zügig abgewickelt. – Zu Beginn gedenkt die Versammlung der verstorbenen Präsidialmitglieder Altbundeskanzler Dr. Konrad Adenauer, Bischof D. Dr. Otto Dibelius, SPD-Fraktionsvorsitzender Fritz Erler, Bundesminister a. D. Dr. Hermann Schäfer und mit weiteren ehrenden Worten des langjährigen, am 4. Oktober 1965 tödlich verunglückten Generalsekretärs der Gesellschaft Hans Pfenninger. – Nach Annahme der Tagesordnung folgen die Tätigkeits- und Rechenschaftsberichte des Vorsitzenden, der Landesverbände Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Bremen, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, der Kommission für Frauenfragen, der Gesundheitskommission und des kommissarischen Generalsekretärs. Der Bericht der Rechnungsprüfer enthält keine Beanstandungen. Den Berichten folgt eine rege allgemeine Aussprache. – Eine von der stellv. Vorsitzenden Frau Renger vorgelegte Nahost-Resolution wird nach kleineren Änderungen einstimmig angenommen und der Presse übergeben (Text siehe Heft 3/67 S. 98). Dann wird dem Vorstand Entlastung erteilt. Satzungsänderungen werden anschließend angenommen. Es folgen Ergänzungswahlen zum Präsidium, Wiederwahl der Rechnungsprüfer, Wahl des bisherigen Vorsitzenden Prof. Dr. Erbe zum Ehrenvorsitzenden und Neuwahlen zum Vorstand. In der unmittelbar auf die Hauptversammlung folgenden Vorstandssitzung werden die bisherige stellv. Vorsitzende, Frau Bundestagsabgeordnete Annemarie Renger, zur Vorsitzenden der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen und die Herren Dr. Walter Klein und Dr. Erhard Klotz zu stellv. Vorsitzenden einstimmig gewählt. (Derzeitige Zusammensetzung des Präsidiums und des neugewählten Vorstands siehe zweite Umschlagseite dieser Ausgabe.) – Der Hauptversammlung war am Abend zuvor in der Redoute eine Vortragsveranstaltung für Mitglieder und geladene Gäste vorangegangen. Nach einleitenden Worten von Prof. Dr. Erbe sprach der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Klaus Schütz, über »Deutschland und die Vereinten Nationen« (siehe S. 110 ff. dieses Heftes). Frau Bundestagsabgeordnete Renger dankte dem Referenten und lud die Anwesenden zu einem anschließenden Empfang ein.

Memorandum der Bundesregierung an die Vereinten Nationen

Der Ständige Beobachter der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen, Botschafter Sigismund Freiherr von

Braun, hat dem Präsidenten der Vollversammlung der Vereinten Nationen am 29. Juni 1967 folgendes Memorandum zugehen lassen, das als offizielles Dokument der Vollversammlung am 3. Juli 1967 zirkuliert wurde (Dokument A/6737 vom 30. Juni 1967):

Exzellenz,

auf Weisung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und unter bezug auf Tagesordnungspunkt 5 der 5. Außerordentlichen Notstandstagung der Vollversammlung beehre ich mich, Ihnen folgende, die Auffassung meiner Regierung zu obigem Tagesordnungspunkt wiedergebende Erklärung zu übermitteln. Ich bin dem verehrten Vertreter der Volksrepublik Ungarn bei den Vereinten Nationen besonders dankbar dafür, daß er die Frage der Politik meiner Regierung zur gegenwärtigen Lage im Nahen Osten aufgeworfen hat, und beehre mich, Eure Exzellenz in Erwiderung auf sein Schreiben vom 22. Juni 1967 (Dokument A/6728) um Zirkulierung dieses Schreibens und der darin enthaltenen Erklärung als offizielles Dokument der Vollversammlung zu bitten:

Im Nahen Osten ist in den vergangenen Wochen eine gefährliche, den Weltfrieden bedrohende Lage entstanden. Auf Verlangen der großen Mehrzahl der Regierungen der Welt ist eine Außerordentliche Notstandstagung der Vereinten Nationen einberufen worden. Die Bundesrepublik Deutschland gehört den Vereinten Nationen nicht als Mitglied an. Sie hat aber durch ihre Politik sowie durch ihre Zugehörigkeit zu allen UN-Sonderorganisationen und durch ihre Beiträge zu zahlreichen Hilfsprogrammen der Vereinten Nationen bewiesen, daß sie auf das höchste an der Bewahrung des Friedens und an internationaler Entspannung interessiert ist.

Das deutsche Volk kennt aus eigener bitterer Erfahrung die Grauen und Schrecken des Krieges. Es weiß, daß Gewalt und Krieg keine geeigneten Mittel zur Erreichung nationaler Ziele oder zur Lösung internationaler Streitfragen sind.

In Übereinstimmung mit dem Friedenswillen des deutschen Volkes hat die Regierung der Bundesrepublik Deutschland seit jeher ihre Politik darauf gerichtet, die internationale Entspannung zu fördern, eine weltweite und wirksame Abrüstung anzustreben und auf die Anwendung von Gewalt zur Lösung von Streitfragen zu verzichten. Sie hat bereits vor 13 Jahren auf die Herstellung von atomaren, bakteriologischen und chemischen Waffen verzichtet.

Diese Grundsätze bestimmen auch die Politik der Regierung der Bundesrepublik Deutschland im Verhältnis zur Lage im Nahen Osten. Sie war bemüht, zu den Völkern dieses Raumes stets enge und freundschaftliche Beziehungen zu unterhalten. Grundlage dieser Beziehungen war die Achtung des Selbstbestimmungsrechts der Völker und die Anerkennung der Souveränität ihrer Staaten. Zu keiner Zeit in der Geschichte hat das deutsche Volk im Nahen Osten eigensüchtige politische Ziele verfolgt. Allerdings hat es mit den Staaten dieses Raumes stets einen engen kulturellen und wirtschaftlichen Austausch gepflegt, der beiden Seiten zum Vorteil gereicht.

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland lehnt es ab, anderen souveränen Regierungen wie ein Lehrmeister »gute Rat-

schläge zu erteilen. Sie weiß, daß die Völker des Nahen Ostens ihre Unabhängigkeit erkämpft haben und sich nicht von neuem fremder Bevormundung unterwerfen wollen. Einziges Ziel der deutschen Politik ist deshalb, mit den Völkern des Nahen Ostens auf der Grundlage von Vertrauen, gegenseitiger Achtung und Würde zusammenzuarbeiten.

Bedauerlicherweise hat die Regierung der Bundesrepublik Deutschland erleben müssen, daß von dritter Seite versucht worden ist, die jüngste Krise im Nahen Osten zur Erreichung egoistischer Ziele auszunutzen. Sie verweist hierzu auf das von dem Delegierten Ungarns dem Präsidenten der Vollversammlung übermittelte Memorandum (UN-Dokument A/6728).

Gewisse Kreise im anderen Teil Deutschlands, aber auch in einigen wenigen anderen Staaten, haben geglaubt, dieser Zeitpunkt sei für eine Verleumdungskampagne gegen die Bundesrepublik Deutschland günstig. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland bedauert dies nicht nur, weil die gegen sie gerichteten Behauptungen jeder Grundlage entbehren, sondern um so mehr, als nach ihrer Auffassung die gegenwärtige Lage im Nahen Osten - insbesondere im Hinblick auf die große Not der Bevölkerung in den vom Kriege betroffenen Gebieten - für derartige Propaganda-Aktionen denkbar ungeeignet ist. Vielmehr sollten nach ihrer Auffassung alle Anstrengungen gemacht werden, durch konstruktive Friedensvorschläge und humanitäre Hilfsmaßnahmen zu einer Milderung und, wenn möglich, zu einer Lösung der vorhandenen Probleme beizutragen.

Die Vereinten Nationen sind besonders aufgefordert, zu einer solchen friedlichen und gerechten Lösung beizutragen. Die Bundesregierung hat diese Ansicht vertreten, als diese Spannungen im Nahen Osten stiegen und bevor die Feindseligkeiten begannen, und möchte sie bei dieser Gelegenheit wiederholen.

Es ist die absurde Beschuldigung erhoben worden, daß die Bundesrepublik Deutschland durch Waffenlieferungen an Israel, die angeblich im März zugenommen hätten, zu der Entstehung und Verschärfung der Krise beigetragen habe. Diese Beschuldigungen sind falsch und werden durch ständige Wiederholung nicht wahrer.

Es trifft zu, daß die Bundesrepublik Deutschland bis zum Frühjahr 1965 Waffen und Kriegsmaterial im Werte von 45 Millionen US-Dollar an Israel und Waffen und Kriegsmaterial im Werte

von 30 Millionen US-Dollar an arabische Staaten geliefert hat. Dies entspricht weniger als 2 Prozent der gesamten Waffenlieferungen in den Raum in den letzten 12 Jahren, die nach internationalen Schätzungen einen Gesamtwert von 4 bis 5 Milliarden US-Dollar hatten und an denen sich viele Staaten beteiligt haben. In Anbetracht der wachsenden Spannungen in der Region beschloß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland im Frühjahr 1965, keine Waffen oder Kriegsmaterial mehr nach Nahost zu liefern, und hat seither diese Entscheidung strikt befolgt. Sie ist fest entschlossen, an diesem Beschluß auch in der Zukunft festzuhalten.

Es ist die Auffassung meiner Regierung, daß die Regierungen sich enthalten sollten, Spannungen, die nicht auf den Nahen Osten bezogen sind, auf die äußerst schwierigen Probleme dieser Region zu übertragen, und daß insbesondere die dort vorhandenen Probleme im gegenwärtigen Stadium nicht mit Verleumdungen nach Art des Kalten Krieges belastet werden sollten. Die Bundesrepublik Deutschland bemüht sich um eine Verringerung der Spannungen. Falsche Anschuldigungen, die ihren Ursprung in der europäischen Lage haben, können diese Bemühungen nur gefährden.

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ist der wohlwollenen Auffassung, daß es höchste Zeit ist, endlich das Gespenst des Krieges und der Vernichtung aus dem Nahen Osten zu verbannen, damit die der gesamten dortigen Bevölkerung innewohnenden Fähigkeiten, ihr Einfallsreichtum und ihr Talent für eine friedliche Aufbauarbeit genutzt werden können.

Unmittelbar nach Beendigung der Feindseligkeiten im Nahen Osten hat die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ihre Bereitschaft erklärt, der betroffenen Bevölkerung, insbesondere den dringend hilfebedürftigen Flüchtlingen, humanitäre Hilfe zu leisten. Die ersten deutschen Sendungen mit Lebensmitteln, Medikamenten und Kleidung sind bereits eingetroffen; diese Lieferungen werden fortgesetzt.

Der Bundeskanzler hat in seiner Rede vom 24. Juni 1967 alle Staaten der Welt aufgefordert, ihre Rivalitäten einzustellen und sich zu einem gemeinsamen Wiederaufbauwerk im Nahen Osten zusammenzuschließen. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ist fest entschlossen, sich an einem solchen Programm zu beteiligen.

Entschließungen des Sicherheitsrats und der Generalversammlung

zum Nahen Osten und zu Zypern

Naher Osten

SICHERHEITSRAT — Gegenstand: Feuereinstellung in Nahost. — Entschließung 233 (1967) vom 6. Juni 1967

Der Sicherheitsrat,

— in Kenntnis des mündlichen Berichts des Generalsekretärs zu dieser Situation,

— nach Anhören der im Rat abgegebenen Erklärungen,

— in Sorge über den Ausbruch von Kämpfen und die bedrohliche Lage in Nahost,

1. fordert die beteiligten Regierungen auf, als ersten Schritt sofort Maßnahmen zu einer unverzüglichen Feuereinstellung und Beendigung aller militärischen Handlungen in dem Gebiet zu ergreifen;

2. ersucht den Generalsekretär, den Rat umgehend und laufend über die Lage zu unterrichten.

Abstimmungsergebnis: Einstimmige Annahme.

SICHERHEITSRAT — Gegenstand: Feuereinstellung in Nahost. — Entschließung 234 (1967) vom 7. Juni 1967

Der Sicherheitsrat,

— in Kenntnis, daß trotz seiner Aufforderung an die beteiligten Regierungen, als ersten Schritt sofort Maßnahmen zu einer unverzüglichen Feuereinstellung und Beendigung aller militärischen Handlungen in Nahost (Entschließung 233 (1967)) zu ergreifen, die militärischen Handlungen andauern,

— in Sorge darüber, daß der Fortgang militärischer Handlungen eine noch bedrohlichere Lage in dem Gebiet herbeiführen könnte,

1. verlangt, daß die beteiligten Regierungen als ersten Schritt am 7. Juni 1967 um 20 Uhr Mittlerer Greenwicher Zeit das Feuer einstellen und alle militärischen Handlungen unterlassen;

2. ersucht den Generalsekretär, den Rat umgehend und laufend über die Lage zu unterrichten.

Abstimmungsergebnis: Einstimmige Annahme.

SICHERHEITSRAT — Gegenstand: Feuereinstellung in Nahost. — Entschließung 235 (1967) vom 9. Juni 1967

Der Sicherheitsrat,

— unter Hinweis auf seine Entschließungen 233 (1967) und 234 (1967),

— in Kenntnis, daß die Regierungen sowohl Israels als auch Syriens bekanntgegeben haben, die Aufforderung des Rats nach Feuereinstellung zu befolgen,

— in Kenntnis der Erklärungen der Vertreter Syriens und Israels,

1. bestätigt seine früheren Entschließungen über eine unverzügliche Feuereinstellung und Beendigung der militärischen Handlungen;

2. verlangt, daß die Feindseligkeiten sofort eingestellt werden;

3. ersucht den Generalsekretär, mit den Regierungen Israels und Syriens unverzüglich Verbindung aufzunehmen, um eine sofortige Befolgung der oben genannten Entschließungen zu vereinbaren, und dem Sicherheitsrat binnen spätestens zwei Stunden vom jetzigen Zeitpunkt an zu berichten.

Abstimmungsergebnis: Einstimmige Annahme.

SICHERHEITSRAT — Gegenstand: Feuereinstellung in Nahost. — Entschließung 236 (1967) vom 12. Juni 1967

Der Sicherheitsrat,

— in Kenntnisnahme der mündlichen, auf der 1354., 1355., 1356. und 1357. Sitzung gegebenen

Berichte des Generalsekretärs über die Lage zwischen Israel und Syrien und der durch die Dokumente S/7930 nebst Nachträgen gegebenen zusätzlichen Informationen,

1. verurteilt jede Verletzung der Feuereinstellung;

2. ersucht den Generalsekretär, seine Untersuchungen fortzusetzen und dem Rat so bald wie möglich zu berichten;

3. bestätigt, daß seine Forderung nach Feuereinstellung und Beendigung aller militärischen Handlungen das Verbot jeglichen militärischen Vorrückens seit der Feuereinstellung einschließt.

4. fordert die sofortige Rückkehr aller Truppen, die am 10. Juni 1967 nach 16.30 Uhr Mittlerer Greenwicher Zeit vorgestoßen sein könnten, auf ihre Stellungen zur Zeit der Feuereinstellung;

5. fordert zur Bewirkung der Feuereinstellung, wozu Bewegungsfreiheit und die Möglichkeit zur angemessenen Nachrichtenübermittlung gehört, die volle Zusammenarbeit mit dem Chef des Stabes des Organs der Vereinten Nationen zur Überwachung des Waffenstillstands in Palästina und mit den Beobachtern.

Abstimmungsergebnis: Einstimmige Annahme.

SICHERHEITSRAT — Gegenstand: Sicherheit der Bewohner des Operationsgebietes. — Entschließung 237 (1967) vom 14. Juni 1967

Der Sicherheitsrat,

— in der Erwägung der dringenden Notwendigkeit, der Zivilbevölkerung und den Kriegsgefangenen im Gebiet des Nahostkonflikts zusätzliche Leiden zu ersparen,

— in der Erwägung, daß grundlegende und unveräußerliche Menschenrechte selbst in den Wechselfällen des Krieges geachtet werden sollten,